

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

6.5.1924 (No. 106)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erpeditor:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. n. b.,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarfester Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Abgang- in dem unserer Anzeigen, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpödet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangt Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Begütigung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Abgeforderte Bemerkungen

In letzter Zeit ist vonseiten der Beteiligten mehrfach die Frage aufgeworfen worden ob durch § 105 Absatz 1 der Gemeindeordnung die Vereinigung der abgeforderten Bemerkungen mit benachbarten Gemeinden zwingend vorgeschrieben oder in das Ermessen der Verwaltungsbehörde gestellt sei. Das Staatsministerium hat zu dieser Frage neuerdings wiederholt Stellung genommen und sich dahin ausgesprochen, daß die Bestimmung des § 105 Absatz 1 der Gemeindeordnung die notwendige Folge des § 2 Satz 2 des gleichen Gesetzes sei. Es muß daher jeder Teil des Landes einem Gemeindebezirk angehören und es sind darum alle abgeforderten Bemerkungen mit benachbarten Gemeinden zu vereinigen. Einer Änderung dieser gesetzlichen Bestimmung näherzutreten, hat das Staatsministerium abgelehnt.

Die Reichstagswahlen

Vorläufiges amtliches Gesamtergebnis

BRN. Berlin, 6. Mai. Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis sind insgesamt 465 Abgeordnete gewählt.

Die Mandate der Sozialdemokraten verteilen sich auf 79 Mandate nach dem Wahlergebnis, 12 zusätzliche Mandate durch die Wahlkreisverbände und 8 Sitze auf Grund der Reichsliste. Die entsprechenden Sitze für die übrigen Parteien sind folgende: Zentrum 49, 4 und 9, Deutsche Volkspartei 30, 8 und 7, Deutschnationale 82, 5 und 12, Demokraten 7, 10 und 7, Bayerische Volkspartei 14, 0 und 1, Kommunisten 41, 10 und 10, Mittelstand und Bayer. Bauernbund 3, 2 und 5, Deutsch-Hannoveraner 4, 0 und 1, Christliche Freiheitspartei 12, 10 und 10, Landbund 7, 1 und 1, Deutsch-Soziale 0, 2 und 2.

Es erhalten somit insgesamt Mandate:

Sozialdemokraten	99
Zentrum	62
Deutsche Volkspartei	45
Deutschnationale	99
Demokraten	24
Bayerische Volkspartei	15
Kommunisten	61
Mittelstand und Bayer. Bauernbund	10
Deutsch-Hannoveraner	5
Deutsch-Christliche	32
Landbund	9
Deutsch-Soziale	4
Gesamt	465

Bei den Reichstagswahlen 1920 wurden 466 Abgeordnete gewählt, davon:

Sozialdemokraten und Unabhängige	102
Zentrum	68
Deutsche Volkspartei	63
Deutschnationale	63
Demokraten	45
Bayerische Volkspartei	21
Kommunisten	2
Bayerischer Bauernbund	4
Deutsch-Hannoveraner	5
Gesamt	466

Zusammentritt des Reichstages

Wie kaum vor der letzten Woche im Mai erfolgen können. Wie aus Berlin gemeldet wird ist das endgültige Wahlergebnis erst in etwa 12 Tagen zu erwarten. Dann werden zunächst die Abgeordneten zur Bildung von Fraktionen zusammentreten, und der Präsident, den die stärkste Fraktion zu stellen hat, wird dann den Reichstag einberufen.

Das Ergebnis der Stadtverordneten-Wahlen in Frankfurt a. M. ist nach vorläufiger Feststellung: 20 Sozialdemokraten, 12 Deutschnationale, 10 Zentrum, 8 Demokraten, 8 Kommunisten, 5 Deutsche Volkspartei, 3 Christlich-Sozialistische Partei, je 1 Unabhängige Sozialdemokratie, Beamte und Angestellte.

Der Arbeitskonflikt im rheinisch-westfälischen Bergbau. Auf den Forderungen des rheinisch-westfälischen Bergbauverbandes wurden Verhandlungen angeschlagen, wonach die Bergleute, die sich weigern, die verlängerte Arbeitszeit zu verfahren, vom Dienst ab nicht mehr ihre Arbeitsstätte betreten dürfen. Nur der Teil der Belegschaft, der bereit ist, die verlängerte Arbeitszeit zu leisten, darf zur Arbeitsstätte zurückkehren.

* Das Ergebnis der Reichstagswahl

Die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 hat, wie allgemein erwartet, einen erheblichen Aufschwung gebracht. Wundersam kann man sich höchstens darüber, daß er nicht noch bedeutender ausgefallen ist. Immerhin genügt er, um den Deutschnationalen 99 Mandate zu verschaffen und sie ebenso stark zu machen wie die sozialdemokratische Partei. (Auf je 60 000 Stimmen je ein Mandat.) Sie haben ca. 20 Proz. der Gesamtstimmzahl auf ihre Listen vereinigt gegenüber 14,5 Proz. im Jahre 1920 und 14,7 Proz. im Jahre 1912. (Genauere Zahlen geben wir, sowie das endgültige Resultat amtlich vorliegt.)

Die Deutschnationalen haben die von ihnen selbst erhofften Erfolge nicht errungen. Ein ansehnlicher Teil der Wähler, die noch vor kurzem in Bayern und in Mecklenburg für sie stimmten, ist zu den Deutschnationalen abgewandert. Aber sie haben doch 32 Abgeordnete durchgebracht, d. h. sie haben ca. 7 Proz. der Gesamtstimmen bekommen. Also mehr als die Deutschnationalen aufbringen konnten.

Geben die Deutschnationalen 5,5 Proz. der Gesamtstimmzahl mehr erhalten, und die Deutschnationalen als neue Partei 6 Proz. aufgebracht, so fragt sich, wo sie beide diese Gewinne herhaben. Die Antwort ergibt sich sofort, wenn wir das Wahlergebnis bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen betrachten.

Die Deutsche Volkspartei hat etwa 45 Mandate und ca. 9 Proz. der Gesamtstimmzahl erhalten, gegenüber 14 Proz. im Jahre 1920 und 13,7 Proz. im Jahre 1912. Sie hat also gegen 1920 ca. 5 Proz. verloren. Die Deutschnationalen, die mit 24 Abgeordn. ins Parlament ziehen haben nur 5,5 Proz. Anteil an den Gesamtstimmen, gegenüber 8,6 Proz. im Jahre 1920 und 13 Proz. im Jahre 1912; sie haben also gegen 1920 ca. 3 Proz. verloren.

Zählt man diese beiden Verlustziffern zusammen, so ergibt sich, daß von den 11,5 Proz. Stimmen, die die Deutschnationalen und Deutschnationalen zusammen mehr erhielten die Verlust von 8 Proz. bereits erklärt ist: Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen haben zusammen 8 Proz. nach rechts abgegeben müssen. Diese 8 Proz. machen ein Drittel der Wählerschaft aus, die ihnen beiden noch 1920 folgte.

Die restlichen 3,5 Proz. müssen Deutschnationale und Deutschnationalen von anderen Parteien mehr erhalten haben. Und zwar praktisch vor allem die Deutschnationalen. Zu ihnen sind sicher Bruchteile der früheren Unabhängigen und wohl auch der Bayerischen Volkspartei abgewandert.

Das Zentrum, das mit 62 Abgeordneten eintritt, hat 13 Proz. Anteil an der Gesamtstimmzahl, gegenüber 14 Proz. im Jahre 1920 und 16,5 Proz. im Jahre 1912. Dabei zu berücksichtigen ist, daß 1912 sich die Bayerische Volkspartei noch nicht gelöst hatte. Die Zentrums-Partei hat sich also im Ganzen behauptet. — Die Bayerische Volkspartei dagegen hat von ihren 5 Proz. im Jahre 1920 2 Proz. verloren. Sie sind wohl zum größten Teil Hitler und den Seinigen zugute gekommen.

Nun zu den sozialistischen Parteien. Sie haben zusammen ca. 34 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf ihre Listen vereinigt gegenüber 42,6 Proz. im Jahre 1912 und 34,8 Proz. im Jahre 1920. Sie haben also gegen 1920 8,6 Proz. Stimmen verloren und damit wieder den Stand vom Jahre 1912 erreicht.

Was die einzelnen sozialistischen Parteien betrifft, so ist die Sozialdemokratie mit 99 Abgeordneten ebenso stark wie die Deutschnationalen. Ihr prozentualer Anteil ist der gleiche. Sie hat sich also ungefähr behauptet.

Der allergrößte Teil der später mit ihr vereinigten Unabhängigen ist zu den Kommunisten übergegangen. Diese haben mit 61 Abgeordneten einen Anteil von circa 12 1/2 Prozent der Gesamtstimmzahl, d. h. sie haben gegen 1920 circa 11 Prozent gewonnen. Die Unabhängigen sind von der Bildfläche verschwunden; sie haben nicht einen Abgeordneten durchgebracht.

Das ist nun also das Resultat dieser Reichstagswahl. Bedenkt man, daß neben diesen zahlreichen Parteien, von denen keine einzige mehr als 100 Abgeordnete hat, noch einige andere kleinere Parteien mit ein paar Abgeordneten ins Parlament einzuziehen, so muß man zugeben, daß der Eindruck der Zersplitterung ein vollkommener ist. Wie wird man mit diesem Parlament überhaupt

arbeiten können? Denn an eine Fortsetzung der bisherigen Koalition ist ja nicht mehr zu denken. Dazu ist ihre Basis jetzt gar zu schmal geworden. Circa 140 Abgeordnete von circa 465! Die Sorge um das Wohl von Reich und Volk hat sich durch diese Wahl wahrlich nicht verringert. Im Gegenteil! Sie ist größer geworden.

Gewiß, es hätte noch schlimmer kommen können. Und das wäre im Hinblick auf unsere Außenpolitik verhängnisvoll gewesen. Poincaré, der natürlich auch das vorliegende Resultat in seinem Sinne ausschlagen wird, kann jedenfalls niemanden einreden, daß der neue, deutsche Staat durch die Wahl erledigt sei, und daß eine nationalitische Mehrheit aus der Wahl hervorgegangen sei. Die Alliierten werden sich an die Tatsachen halten. Diese sind böse genug, aber sie sind nicht einfach entmutigend in dem Sinne, daß nun das Ausland vor einer ganz neuen Situation steht.

Im übrigen haben die Alliierten es selbst in der Hand, ein weiteres Anwachsen der Rechten zu verhindern! Macdonald hat ganz richtig gesagt, daß die Politik, die man Deutschland gegenüber getrieben habe, erst dieses Anwachsen hervorrief. Man ändere diese Politik der Bedrückung und Demütigung! Und man wird sehen, daß der Nationalismus in Deutschland nicht gefährlich ist.

Zehntausende Wähler, die sich vor allem von ihrem verletzten patriotischen Gefühl leiten ließen, haben diesmal deutschnational gestimmt, weil sie meinten, daß bei den Deutschnationalen das Allheilmittel für unsere Not zu finden sei. Sie haben sich dabei nicht gefragt, ob eine solche Stimmabgabe vernünftig und außenpolitisch klug ist und nicht vielleicht unsere Stellung als Reich und Volk noch verschlimmert. In verlockender Wahlpropaganda durch die Deutschnationalen hat es allerdings nicht gefehlt. Man hat diesen Wählern die Situation in einer Weise geschildert, daß sie wohl glauben mußten, Deutschland werde mit einem deutschnational regierten Parlament aller Hindernisse Herr werden. Die Hauptsache aber war und blieb das verletzte patriotische Gefühl. Und dieses Gefühl wird solange der beste Wahlhelfer der Deutschnationalen sein, bis sich Frankreich eines Besseren besonnen hat, oder bis die Wähler eingesehen haben werden, daß auch die Deutschnationalen, wenn sie mit an der Verantwortung tragen, an die Respektierung der Tatsachen gebunden sind und praktisch keine andere Politik treiben können, als die der bisherigen Reichsregierung!

Wie gemeldet wird, bemüht sich die Deutschnationale Volkspartei bereits um die Bildung eines neuen Kabinetts.

Die Landtagswahlen in der Pfalz

Endgültiges Wahlergebnis der bayerischen Landtagswahlen in der Pfalz: NSP 80 738, Dem. (Deutscher Block) 20 968, Komm. 42 641, Beamtenbund und Kräftebund 3 536, Zentr. 31 690, Wah. Volksp. 61 104, B. Nat. Rechte 80 580, Säuerb. 9, Wdt. Block 15 683, im ganzen 336 948 Stimmen.

Wie das Wahlbüro von zuständiger Seite aus der Pfalz erfährt, dürfte mit überwiegender Mehrheit zum Volksentscheid über die bayerische Verfassungsänderung mit Nein (28 119 gegen 236 829) gestimmt worden sein.

Rücktritt der bayerischen Regierung

Durch die Wahlen in der Pfalz sind die bayerischen Landtagswahlen verhältnismäßig worden. Aniling tritt nunmehr zurück, um dem Landtag freie Bahn zu geben. Die Verträge, im neuen Landtag eine Regierungskoalition zu bilden, werden, wie bekannt, auf große Schwierigkeiten stoßen. Ministerpräsident Dr. v. Aniling hat an den Landtagspräsidenten Königsbauer folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Nach § 58 der bayerischen Verfassung wird das gesamte Ministerium durch den Landtag bestellt. Der Landtag, aus dessen Zusammensetzung das Ministerium hervorging, ist aufgelöst. An seine Stelle tritt nunmehr nach Vollzug der Neuwahlen in ganz Bayern der künftige Landtag. In Übereinstimmung mit den übrigen Regierungsmitgliedern erkläre ich im Namen des Gesamtministeriums meinen Rücktritt. Die Mitglieder des bisherigen Kabinetts werden entsprechend ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Ministeriums weiterführen.“

Die interalliierten Schulden. Der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß bei der Unterredung zwischen den belgischen und italienischen Ministern in Mailand vor allem gewisse Fragen zur Sprache kommen werden: die aus einer Art Spangasse bis jetzt zurückgestellt worden seien nämlich die Frage der interalliierten Schulden und der Wänderung des Verteilungsschiffes von Spa.

Weitere Wahlkreisresultate

Württemberg. (Die Zahlen in Klammern gelten für den Landtag.) Deutsche dem. Partei Reichstag 115 222 (Landtag 125 624), Ker. Sozialdemokratie 191 968 (190 323), Frei-Wirtschaftsvereinigung 4791 (3749), Bauerbund 1450 (-), Bauern- und Weingärtnerbund 238 267 (240 162), Deutsche Volkspartei 53 033 (55 040), Kommunisten 138 900 (138 583), Parteienlose Volksw. Gruppe 1847 (-), Zentrum 265 484 (248 704), Wirtsch. Vereinigung des württembergischen Mittelstandes 8189 (-), Vaterl. völk. Rechtsblod 121 317 (124 502), Württsch. soz. Blod 50 800 (47 283), Land- und Volksbund 2173 (627), Volksbund der Entrechteten 29 962 (15 078), Republik. Partei Deutschlands 1210 (-).

Zum Reichstag wurden gewählt: 2 Demokraten (mit Hilfe badischer Reichstimmern), 3 Sozialdemokraten, 4 Bauernbündler (gleichfalls mit Hilfe badischer Reichstimmern), 1 Volksparteiler (ebenfalls mit Hilfe badischer Reichstimmern), 1 Württscher (gleichfalls mit badischer Hilfe), ferner 2 Kommunisten, 4 Zentrum, 2 Rechtsblod. Bezüglich der Stimmenzahl ist bemerkenswert, daß die Demokratie um 46 502 Stimmen im Vergleich zu den letzten Wahlen abgenommen hat, die Sozialdemokratie um 123 884. Das Zentrum verzeichnet eine Einbuße von 3876 Stimmen. Stimmenzunahme erliefen der Bauernbund mit 42 416, die Deutsche Volkspartei mit 10 408, die Kommunisten mit 102 651 Stimmen, der Rechtsblod um 20 841 Stimmen. Das bemerkenswerdige Ergebnis der Wahl bedeutet das Anschwellen der Kommunisten, die es in Stuttgart zur höchsten Zahl brachten, nämlich auf 34 000 Stimmen. Die nächstfolgende Partei sind die Deutschnationalen, die jedoch nur 33 000 Stimmen erreichten.

Franken: Abgegebene Stimmen: 1 104 384. Davon erhielten Dn. 166 419, Dd. 5798, Ds. 228 147, J. 16 330, W. 20 650, D. 10 045, S. 256 605, R. 67 806, B. 1475, U. 5977, W. Mitt. W. 23 823, R. 1369.

Die Württschen haben einen Rückgang der Stimmen zu verzeichnen, der noch stärker als in Württemberg selbst auf dem flachen Lande ist, wo der Stimmenverlust der B. gegenüber der Landtagswahl durchschnittlich 25 bis 30 Proz. beträgt. Die Demokraten haben beachtliche Mehrheitsfolge erzielt. Weniger günstig haben sie allerdings in Württemberg selbst abgeschnitten. Die Sozialdemokraten haben sich überall sehr gut behauptet und in Württemberg selbst haben sie einen sehr wesentlichen Gewinn, vor allem auf Kosten der Kommunisten erzielt.

Die Wahlresultate in München müssen, wie alle Resultate in Bayern, mit denen der letzten Landtagswahlen verglichen werden, da die Reichstagswahlen 1920 mit ganz anderen Parteien auf den Plan traten. Es zeigt sich dann, daß die Demokraten und die Bayerische Volkspartei ihren Besitzstand gewahrt haben. Gewonnen haben die Deutschnationalen über 50 Proz., der Bauernbund 600 Proz. und das Zentrum 60 Proz. Sozialisten und Kommunisten haben je etwa 10 Proz., die Deutsche Volkspartei und der Württsche Blod je 25 Proz. verloren. Die Stimme aller Verluste ist größer, als die der Gewinne, ein Ausdruck der geringeren Wahlbeteiligung. Im ganzen haben die Freiwahlstimmen den Ludendorff-Stimmen wesentlichen Vorrang, ein Zeichen dafür, daß selbst München anfängt, sich zu befreien.

Dresden-Baugen: S. 834 652, Dn. 225 300, Dd. 92 337, R. 80 902, Chr. 5667, F. 786, Ds. 23 448, Hauerbund 655, Wenden 6346, J. 11 794, Co. Partei 6151, R. 4242, R. P. 1514, U. 7240, Ds. 26 247, M. 1982.

Die drei Wahlkreise des Freistaats Sachsen, die bei den Wahlen von 1920 zusammen 9 Reichstagssozialisten, 11 Unabhängigen, 1 Kommunisten, 6 Deutschnationalen, 7 Volksparteiler und 3 Demokraten in den Reichstag entsandten, werden, sofern die bis jetzt ermittelte Mandatsverteilung keine Änderung erfährt, im neuen Reichstag durch 13 Sozialdemokraten, 6 Kommunisten, 8 Deutschnationalen, 2 Württsche, 5 Volksparteiler, 1 Mittelstandsvertreter und wieder 3 Demokraten vertreten sein.

Thüringen (vorläufiges amtliches Ergebnis): Abgegebene Stimmen 1 101 980. R. 171 744, A. P. 10 458, S. 244 978, Dd. 52 675, Ds. 135 629, W. 3888, U. 10 828, R. 1584, Dn. 132 343, Wirtschaftspartei 39 441, J. 38 405, R. 109 228, M. 8898, R. P. 1354, W. 138 042.

Rubens-Trier: R. 30 086, S. 44 786, Ds. 3483, Chr. 3725, Dd. 3 909, J. 28 831, Dd. 15 603, R. 6624, W. 734, Dn. 36 794, Wirtschaftsbund 10 068, Hauerbund 530. Die Demokraten haben gegenüber der letzten Wahl nur 100 Stimmen verloren, das Zentrum 16 081 und die Sozialdemokraten 19 213 Stimmen. Die Volkspartei hat 18 688 Stimmen, anscheinend meißt an die Deutschnationalen verloren, welche 10 831 Stimmen gewonnen haben.

Badisches Landestheater

Der Teufelschüler. Komödie von Bernhard Shaw.

Zum sechstenmal kommt der bekannte englische Dichter, der zugleich ein großer Zeitschriftler ist, mit dieser dreitägigen Komödie auf die Bühne des Landestheaters. Das Stück ist freilich sehr alt, es erschien 1897 mit großem Erfolg zuerst in New-York unter dem farblosen Titel: „Ein Teufelschüler“, erst später vollzog Bernhard Shaw die Umänderung in „Der Teufelschüler“. Doch das alles ist ja bei Shaw sehr nebensächlich, der Hauptzweck bleibt derselbe: seinen Blick zu üben an den Angelfischen diesseits und jenseits des großen Wassers und in der Gestalt des Teufelschülers eine Figur auf die Bretter zu bringen, die einer echt Shaw'schen Abstraktion entspricht, nämlich dem organellen Gedanken, so ein Spitzweiz zwischen Puritanismus und Dämonismus zu verknüpfen. Das ist allerdings — auch heute noch — eine harte Aufgabe für Kritiker wie gewöhnliche Zuschauer, die entweder einen romantischen Helden oder einen vollendeten Schurken im Hauptlicht sehen wollen, doch keinen erklärten Anhänger des Teufels, in dessen seltsamer Religion sich schließlich auch ein Weg von den Porten der Hölle bis zu den Toren des Himmels findet. Shaw hat aber selbst in einer dem Stück vorangestellten geistreichen Abhandlung „Über die Ethik des Teufels“ auf Nichts, „Jenseits von Gut und Böse“ verwiesen und gemeint, da die Epoche um 1900 nun schon einmal den Gedanken im schwächeren Schoß trüge, so müsse eben auch ein Stück wie „The Devil's Disciple“ geschrieben werden.

Es spricht für die wunderbare Ehrlichkeit des Dichters, daß er gewisse dramaturgische Fehler durchaus nicht verschleierte und so namentlich dem Finalakt seine absolute Plißlichkeit raubt. Zudem taucht da plötzlich neben dem teuflischen Helden des Problemstücks ein historischer englischer General auf, der zwar kein konventioneller Bühnensoldat ist, aber gerade deshalb, weil er als Imperialist mit den Kolonisten offenkundig sympathisiert, allzuviel Interesse herausfordert und daher von der höheren, respektive tieferen Wahrheit des in dem Teufelschüler selbst verkörperten Gedankens etwas ablenkt. Das Gleiche ist zu der Episode der Entlarvung des Majors Swindon zu sagen, die drastisch die grauenhafte Blamase der englischen Soldaten im nordamerikanischen Freiheitskrieg erklärt. Es ist ja sicherlich von Shaw ecklich gemeint und dient

Wien-Wachen. (Vorläufiges Gesamtergebnis.) Deutschvölk. 19 000, Dn. 64 000, D. Rp. 68 000, Jtr. 441 437, D. 25 000, Soz. 89 652, U.S.P. 6022, R. 124 441, Dsoz. 7675, Rep. Partei 1334, Hauerbund 610, Wlterp. 24 700, Rheinischer Wirtschaftsb. 25 000.

Düsseldorf-Ost: Dn. 115 311, Dn. 144 467, S. 109 865, Dd. 44 451, R. 3855, Hauerb. 528, R. 38 044, Cr. 16 461, J. 216 716, Freiwirtsch. 2020, R. 239 846, U. 16 149, W. 5117, W. P. 1290, Wirtschaftsb. 22 808.

Düsseldorf-West: Dd. 21 602, S. 73 366, Dn. 79 735, Chr. 7107, R. 149 941, Dd. 60 133, R. 4426, R. 20 886, U. 6903, J. 907 622, W. P. 991, Wirtschaftsb. 1716, Hauerb. 658.

Dannover-West. (Vorläufiges Gesamtergebnis.) Deutschvölk. 69 700, Dn. 143 000, D. Rp. 194 000, Jtr. 47 000, D. 40 000, Soz. 296 100, U.S.P. 76 800, Komm. 140 000, Deutschsoz. 12 800.

Oldenburg: S. 98 456, Dd. 17 980, Ds. 42 275, R. 35 233, Ds. 5719, R. 40 888, Hauerbund 410, R. 1000, Dd. 144 023, J. 4340, Christl.-Soz. R. 325, Dn. 72 052, W. P. 2567.

Hamburg (endgültiges amtliches Ergebnis): Dd. 81 179, S. 173 887, U. 3218, Dd. 78 255, R. 115 340, Dn. 121 420, W. 1339, J. 9609, Dd. 1524, R. 550, W. P. 3206, R. 37 513, W. P. 6930. Gewählt sind 1 Demokrat (bisher 1), 2 Sozialdemokraten (3), 1 Volksparteiler (1), 1 Kommunist (0), 2 Deutschnationalen (1).

Frankfurt (Ober): Dd. 34 998, J. 50 710, S. 161 549, Dn. 326 708, Ds. 64 615, R. 39 987, U. 6354, R. 54 778, Wirtschaftliche Ver. 18 863, W. P. 1668, W. 4612, Ds. 24 634.

Breslau: S. 211 171, R. 52 660, J. 154 276, Dn. 236 748, Dd. 73 075, Dd. 35 782, R. 35 405, Ds. 36 272. Es fehlen noch fünf Bezirke.

Regen: S. 166 394, R. 36 996, J. 52 993, Dn. 181 640, Dd. 48 410, Dd. 45 790, R. 18 848, Ds. 23 224, W. P. 1483, W. P. 33 297, Nat. Freiwirtsch. 5000, Wenden 2077.

Düsseldorf (vorläufiges Ergebnis amtlich): Dn. 895 413, Ds. 85 812, Nat. Freiwirtsch. 7685, R. 87 141, Ds. 27 397, J. 85 075, Dd. 35 937, S. 155 780, R. 118 168, U. 6125, Nat. R. 977, R. 13 177.

Der neue Württembergische Landtag

Nach den bisherigen Ermittlungen stellt sich das vorläufige Landtagswahlergebnis in Württemberg wie folgt: Es wurden abgegeben für den

Table with 2 columns: Party Name and Votes. Includes Bauern- und Weingärtnerbund (240 162), Deutsch-Dem. Partei (125 624), Deutsche Volkspartei (55 040), etc.

Insgesamt also 1 189 675 gültig abgegebene Stimmen. Bei der Verteilung der 56 Bezirke und der 24 Landesitze scheiden aus: Der Freiwirtschaftsbund, der Land- und Volksbund, sowie der Volksbund der Entrechteten und der betrogenen Sparer, da sie weder in einem Bezirk die Wahlzahl (1 189 675 : 80 = 14 870), noch in 4 Wahlbezirken je 1 Anteil der Wahlzahl (1858) erreicht haben.

Table showing the distribution of seats for various parties: Bauern- und Weingärtnerbund (12), Deutsch-Dem. Partei (9), Deutsche Volkspartei (3), etc.

Der bisherige württembergische Landtag hatte folgende Zusammensetzung: Württemb. Bauernbund 18, Demokraten 15, Deutsche Volkspartei 4, Kommunisten 4, Vaterl.-völk. Rechtsblod (deutschnationaler) 10, Vereinigte Sozialdemokratie 27, Württsch.-sozialer, Zentrum 23. Der neue Landtag zählt nur 80 Sitze, während der letzte 101 Sitze hatte.

Der Wahlausfall in Württemberg hat die rechts gelegten Erwartungen nicht ganz erfüllt. Die Sozialdemokratie ist zugunsten der Kommunisten erheblich geschwächt. Die deutsche

Volkspartei hat auf Kosten der Demokraten Fortschritte gemacht. Das Zentrum hat sich dem rücksichtslosen Antikommunismus des Deutschnationalen Bauernbundes gegenüber verhältnismäßig gut behauptet. Die eigentlichen Gewinner in dieser Wahl sind der Bauernbund und der Württsch.-sozialer Blod.

Wie sich dieses Wahlergebnis für die kommende Landespolitik auswirken wird, ist, wie die „Frl. Jg.“ schreibt, noch nicht übersehbar. Zentrum, Bauernbund und Vaterländischer Rechtsblod verfügen zusammen über 42 Sitze. Das bedeutet nach der nunmehrigen Abgeordnetenzahl von 80 die absolute Mehrheit. Ob sie auf dieser Grundlage sich zu einer Regierungsmehrheit finden, bleibt abzuwarten, zumal da in ihrer Bauernbund mit 17 und der Rechtsblod mit 8 Abgeordneten gegenüber den 17 Zentrumseuten stark vorherrschend wäre. Die Deutsche Volkspartei verfügt über drei Sitze und würde also die Basis einer Rechtsregierung noch sicherer gestalten. Die Demokratische Partei zieht mit neun Abgeordneten in den neuen Landtag ein.

DZ. Stuttgart, 6. Mai. Der neu gewählte Landtag wird voraussichtlich zum ersten Male am 20. Mai zusammentreten. Dabei wäre außer dem Landtagspräsidenten noch der Staatspräsident zu wählen, dem die Verfassung der neuen Minister obliegt.

Das Ausland zu den Reichstagswahlen

Paris, 6. Mai. Zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen schreibt der „Matin“: „Die Hoffnung, die man hatte, Deutschland werde sich in kühler Auslegung des Vertrages von Versailles auf eine Demokratie entwickeln, was durch die Wahlen von 1920 bereits stark erschüttert worden; die vorgerichtete Abstimmung hat sie vollständig beseitigt. Die Anhänger der Gewalt im Innern und der Abenteuer nach außen, haben triumphiert sowohl auf der äußersten Linken wie bei den Bürgerlichen. Man wird uns vielleicht sagen, man müsse sorgsam unterscheiden, und darauf hinweisen, daß der Wg. Herzt sich für die Annahme des Sachverständigenberichts ausgesprochen habe während die Arier und die Alldeutschen von der äußersten Rechten davon nichts wissen wollen. Das sind Nuancen, die im Grunde genommen keine große Bedeutung haben. Alle beide und man kann hinzufügen, ein Teil der Volkspartei, haben sich während der Wahlkampagne gegen den Versailles Vertrag ausgesprochen. Jedoch kann man nach dem ersten Eindruck nicht bis zum Traurigen gehen. Eine Tatsache aber wird die Welt in Erstaunen setzen, das ist, daß in den Provinzen, die Frankreich befehlt hat, die Anhänger der Rechten nicht den Erfolg gehabt haben, den sie erwartet haben.“

Auch die „Journee Industrielle“ weist in ihren Betrachtungen auf die Bedeutung des Reparationsproblems hin und fragt, ob das Ergebnis der Wahlen es schwieriger gemacht habe. Das Blatt der französischen Schwerindustrie verneint die Frage und schreibt: „Wir glauben doch nicht, weil die deutsche Reparationspolitik seit der Jahren niemals dem Einfluss der Nationalisten entzogen war und weil die Annahme oder Ablehnung Deutschlands in dieser Frage nicht von politischen, juristischen oder sentimentalen Erwägungen abhängt, sondern von der Ausdehnung der Notwendigkeiten und der Chancen, und endlich weil in Deutschland wie in anderen Ländern nur die nationalistischen Parteien es sind, die der öffentlichen Meinung gewisse Konzeptionen oder Bezüge nationaler Art aufzuzählen können. Wenn es wahr ist, daß Deutschland sich der demokratischen Ethik bedient, um seine Anhänger milder zu stimmen, dann kann man, ohne paradox zu sein, sagen, daß an dem Tage, an dem es diese Ethik fallen läßt, es der Ansicht ist, daß die Illusionen der Gläubiger verschwunden sind.“

London, 6. Mai. Die Abendpresse beurteilt das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen hauptsächlich vom Standpunkt der Auswirkung auf die Frage der Annahme des Sachverständigenberichts durch Deutschland. Als Hauptmerkmal bezeichnet sie die Erfolge der Deutschnationalen, betont jedoch zugleich, daß die Sozialdemokratie, trotz ihrer schweren Verluste nach wie vor die größte Partei bleibt. Viel beachtet wird die große Zunahme der Kommunisten, sowie die Tatsache, daß die Erfolge der Württschen den Erwartungen nicht entsprechen.

„Evening Standard“ schreibt, bei der Bildung der neuen Regierung würden die Deutschnationalen einen entscheidenden Faktor bilden. Daher sei die Stellungnahme des neuen Reichstages zu den Sachverständigenberichten unsicher. „Der Star“ hält eine Koalitionsmehrheit zu Gunsten des Sachverständigenplanes für gewiss. „Der Manchester Guardian“ schreibt, glücklicherweise könne ein Zweifel darüber nicht herrschen, daß eine Mehrheit für die Annahme des Berichts vorhanden

ihm zur Entschuldigung, daß er einestheils bei dieser Gelegenheit Burgoone, der bei den Geschichtsschreibern unbedient in den Verdacht des Sündenbuchs, jenem gelegentlich notwendigen Faktor unseres britischen Systems, geraten war, befreien will, und andererseits in der Karikatur des lächerlichen Schafkopfs den Engländern eine wahrheitsgetreue Photographie zeigt, aber in dieser Satire gehts auch um den Kopf des Teufelschülers und also um eine mit blutigem Ernst angeknüpfte Frage. Deshalb doppelt schade, daß diese sonst so menschenliche Komödie mit einem Ausflug ins Ironische endigt!

Der Hergang ist folgender: Die britische Expeditionsarmee steht 1777 im Kampf gegen die rebellischen nordamerikanischen Kolonisten, aber die Schicksalsende bahnt sich schon an, nur durch rücksichtsloses Zugreifen kann die Gefahr einer übermächtigen Katastrophe zunächst noch vermieden werden, angelegene amerikanische Bürger werden in Massen zum warnenden Beispiel erhängt. Auch die Familie Dudgeon hat zwei Opfer solch britischer Militärjustiz zu beklagen. Nun war Peter Dudgeon sicherlich keine Fierde der abelscholgenden und in falschem Puritanismus erstarrten Familie, doch man beweint ihn wie auch den Bruder, der ebenfalls den Tod fand, als er der Hinrichtung bewohnte, bis bekannt wird, daß dieser zum Umverleerten seinen ältesten Sohn, der seiner göttlichen Bestimmung und seinem irdischen Lebenswandel nach ebenso gut ein echter Sproß jenes besagten Peter sein konnte, eingeklebt hat. Sofort ist mit dem scheinlichen Trauer aus, die dreitägige Verzerrung ist da. Dieser Dick Dudgeon jedoch ist gar nicht so schlecht, wie ihn seine abgöttisch religiöse Mutter schildert, auch gar nicht so göttlich, wie die lieben Verwandten meinen. Er ist allerdings von des Teufels Partei, nennt sich sogar dessen Schüler und beweist nun, daß man auch ohne bigotte Scheinbekehrtheit ein echter Puritaner sein kann. Er erdarnt sich einer unterdrückten Waise, er läßt sich heldenmütig für einen Andern (ausgerechnet dazu für einen Pastor!) verhaften, er erscheint standhaft und freimütig vor dem Kriegsgericht, er kennt nur das Gesetz seiner Natur und begehrt obenbreiten ebenso wenig wie die Silke des Staats und der Kirche die Liebe der jungen Pastorsfrau, die als empfindliche „Geldin“ sich ihm rasch zuneigt, ja er würde sich den Strich des Deckers auch für jeden Fremden um den Hals legen lassen, wenn er dadurch ein wertvolles Menschen-

leben retten könnte Er ist, da ihm selbst die Begnadigung und Rettung im letzten Augenblick auf dem Schaffot nicht unerwartet kommt, der etwas amerikanisierte Typus des Mannes der Tat, der weder rechts noch links schaut und trotzdem mit der Quintessenz seiner Handlungsweise zufrieden sein kann.

Bernhard Shaw hat selbst behauptet, daß dies nach sicheren berähten Regeln aufgebauter Melodrama seine Originalität der fortgeschrittenen Denkweise unserer Tage (übrigens wie jedes seiner anderen Stücke) verbande und daher zweifellos in Verlauf der Zeit an Glanz verlieren müsse. Die 26 Jahre, die seit seiner Entdeckung verlossen sind, haben allerdings geschadet, aber doch dank den artistischen Talenten Shaw's das Werk noch nicht zum Requisit herabzuwürdigen vermocht. Es hat eben Eigenwert und hält selbst in einer vielfach zu ferio gehandhabten Darstellung die Spannung wach. Im übrigen ist der in der Rollenbesetzung sehr glücklichen Erstaufführung (unter Robert Wurlners Regie) ein durch die Benutzung der Drehbühne erleichtertes schnelles Tempo nachzuräumen. Stefan Dahlen's Teufelschüler war ganz mit jenem Raffinement des Autors ausgestattet, das für eine Rolle von so überlegener Ironie unerlässlich ist. Sehr sympathisch spielte Fr. W. Kaiser den Pastor Anderson, der von dem Roman an, wo er den hochherzigen Freund in Gefahr weiß, sich rasch vom Presbyterien-Geschick zum Mann der Tat und zum Wirtellen-Parlamentar zu wandeln weiß. Robert Wurlner als faktisch-tritischer Gentleman in Generaluniform und Hugo Söder als typischer Militär mit sehr beschränktem Verstand sind ebenso lobend zu erwähnen wie W. Betti, der der Rolle des blöden Bruders Christoph ein naturrästliches Format gab. Die weibliche Hauptrolle der Judith einer mit romantischen Wägen gemessenen und daher ziemlich schwer darzustellende Tragikomödiantin, repräsentierte Martha Müller ganz ausgezeichnet. Schöne Einzelleistungen erzielten auch Elise Noorman (Frau Dudgeon) und Hansi Kasse (Pflegetochter Effie). Mit etwas mehr komödiantenhaftem Zuschnitt hätte, wie ich schon meinte, Shaw's ungewöhnliche Art das Publikum vielleicht noch stärker gekitzelt. Wenn aber auch die Wiedergabe sich von diesem Shaw'schen Individualgeist noch merkwürdig fernhielt, so hätte sie doch Durchschlagkraft genug, um einen bemerkenswerten Erfolg zu erzielen.

Der Deutschland sei nicht verpflichtet, die Pläne anzunehmen. Wenn es aber annehme, müßte diese Entscheidung von der unbedingten Entschlossenheit getragen werden, seinen Anteil daran durchzuführen.

Politische Neuigkeiten

Der Stand der Reichsfinanzen

Einer zusammenfassenden Darstellung über die Sanierung der Reichsfinanzen im ersten Halbjahr 1924, die die „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht, ist zu entnehmen, daß sich in der Finanzabrechnung des Reiches für die drei Monate von Anfang Januar bis Ende März an sich ein Überschuß von 240,1 Millionen Goldmark ergibt. Durch die Ausgaben, die durch die Kurstärkung der Goldanleihe erforderlich wurden, ist dieser Überschuß in einen Fehlbetrag verwandelt worden. Die Ausgaben für diesen Zweck betragen 839,5 Millionen Goldmark. Sie haben den Überschuß für das erste Vierteljahr in einen Fehlbetrag von 99,4 Millionen M. verwandelt, also gleichzeitig auch eine Tilgung der Reichsschuld um 339,5 Millionen Mark bewirkt.

Der Fehlbetrag des ersten Vierteljahres konnte aus dem Reste des Reichsbankkredits gedeckt werden. Von dem verbleibenden Kredit in Höhe von 900 Millionen Mark waren bis Ende März als Zuschußbedarf der allgemeinen Finanzverwaltung insgesamt 656 Millionen Mark verbraucht. Außerdem waren den Betriebsverwaltungen Zuschüsse im Gesamtbetrag von 165 Millionen Mark erteilt worden, und zwar der Reichsbahn 110 Mill., der Reichspost 80 Mill., der Reichsgeheimdienste 25 Mill. Mark. Somit stand bei Beginn des Vierteljahres dem Reich noch eine Reserve von 79 Mill. Goldmark zur Verfügung, die sich im Januar durch die Rückzahlung der Reichspost und Reichsgeheimdienste auf 134 Mill. Mark erhöhte. Durch den Fehlbetrag des abgelaufenen Vierteljahres ist diese Reserve auf 34,6 Mill. Mark vermindert. Sie hat aber Anfang April bereits dadurch, daß die Reichsbahn 80 Mill. des im November erhaltenen Vorzuschusses zurückgezahlt hat, eine Erhöhung auf 114,6 Mill. Mark erfahren. Außerdem steht dem Reich noch der Betriebsmittelfonds aus der Begebung von Rentenmarktschuldscheinen zur Verfügung, der Ende März die Höhe von 146,2 Millionen Mark erreicht hat. Der Rücklauf der Goldanleihe und eine gleichzeitige Einlösung von Rentenmarktschuldscheinen haben, wie schon bemerkt, dazu geführt, daß der ausstehende Betrag der Reichsschuld im März eine weitere Abnahme erfahren hat. Der gesamte Schuldbetrag ist von 2130 Mill. Ende Februar auf 1989,8 Mill. Ende März gesunken. Hinzuzurechnen sind allerdings noch 31,4 Mill. Goldmark R-Schätze und ein noch nicht feststehender Betrag G-Schätze. Zu berücksichtigen ist auf der anderen Seite, daß der ausstehende Betrag an 6-prozentigen Goldschuldscheinen 1935 noch eine Verminderung um diejenigen Beträge erfährt, die schon zurückgezahlt, aber noch nicht bezahlt sind. Bei ihrer Veräußerung befreit sich der ausstehende Betrag an 6-prozentigen Goldschuldscheinen 1935 Ende Januar auf 326,8 Mill. Mark, Ende Februar auf 300,7 Mill., Ende März auf 228 Mill. Mark.

Der Geldumlauf hat im März eine beträchtliche Steigerung erfahren. Er ist von 2639,2 Mill. Goldmark Ende Februar auf 2824,7 Mill. Goldmark Ende März, also um beinahe 200 Mill. Goldmark gestiegen.

Die Einnahmen der Post und Eisenbahn

Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung hat im Monat März eine Einnahme von 153 Millionen Rentenmark zu verzeichnen. Davon haben Postgebühren 57,2, vom Schenkerzoll 6,7 Millionen Rentenmark eingebracht. Vom 16. November 1923 bis Ende März 1924 haben die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung 455,3 Millionen Rentenmark betragen. Daneben ist im gleichen Zeitraum noch eine Einnahme von 45,8 Trillionen Papiermark erzielt worden. Die Deutsche Reichsbahn hat im Monat März im ganzen 80,1 Millionen Goldmark an Einnahmen zu verzeichnen. Auf den Personen- und Gepäckverkehr entfallen davon 77,4 auf den Güterverkehr 20,3, auf sonstige Betriebsleistungen 20,6 Millionen Goldmark. In der Zeit vom 15. November 1923 bis Ende März 1924 hat die Reichsbahn eine Gesamteinnahme von 1130,7 Millionen Goldmark erzielt.

Auch ein „Politiker“

Der bei den letzten bayerischen Landtagswahlen neugewählte völkische Landtagsabgeordnete Hner (früher Chauffeur Eiseners) ist wegen in Weichheim (Oberbayern) am Vortage gemachter Äußerungen verhaftet worden. Er hatte u. a. gesagt: „Nach gefährlicher als die schwarzen Lumpen von der bayerischen Volkspartei sind die Pfaffen bis hinauf zum Kardinal. Wir werden sie mit dem Messer beteiligen müssen. Wenn es geschehen ist, beginnen wir den Kampf gegen das Judentum.“ Bezüglich des Kardinals Faulhaber hatte er gesagt: „Dieser Kerl und Schuft von einem Geistlichen gehört schon längst an die Wand, wenn er nicht in seiner Kirche bleiben kann. Bezüglich des Hitlerprozesses erklärte er, daß man Raht, Löffel und Seife sofort in Schubhülle hätte nehmen müssen. „Die Reichswehr hätten wir für uns gewonnen, die Landespolizei niedergemacht. Die Sache ist noch nicht beendet. Ich freue mich auf den Tag, wo ich das Gewehr zur Hand nehme und die völkische Bewegung zum Ziele führe.“

Kurze Nachrichten

Generalkrieg in Oberschlesien. Nach einer Meldung der „Post“ ist aus Breslau hat die Konferenz der Bergarbeiter in Oberschlesien wegen des Scheiterns der Verhandlungen über die Arbeitszeit für Dienstag vormittag 11 Uhr den Generalkrieg proklamiert.

Die Ermordung Rathenaus. Nach Mitternachtsmeldungen aus München ist dort ein gewisser Günther Brand festgenommen worden unter dem Verdacht, Beihilfe zur Ermordung Rathenaus geleistet zu haben. Der Festgenommene soll bei der Beschaffung des Autos mitgewirkt haben, das bei der Ermordung Rathenaus benutzt worden ist. Brand war ebenso, wie die übrigen am Mord beteiligten Mitglieder der Organisation Konful.

Die Mac-Kenna-Schutzölle. Im englischen Unterhause hat Baldwin einen Antrag eingebracht, die Aufhebung Mac Kennas Schutzölle, durch die ein wichtiger englischer Industriezweig bisher gegen Arbeitslosigkeit geschützt wurde, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Stodung des Wirtschaftslebens für unzumutbar zu erklären. Die Regierung wird die Diskussion des Antrages wahrscheinlich auf den 13. Mai festsetzen.

Anschlag auf den griechischen Kriegsminister. Auf den griechischen Kriegsminister sind während einer Inspektionsreise längs der bulgarischen Grenze mehrere Schüsse abgefeuert worden. Sein Adjutant wurde schwer verletzt. Die griechischen Truppen verfolgten die Angreifer.

Der deutsch-russische Zwischenfall

Die deutsche Antwortnote

Der Minister des Äußern Dr. Stresemann hat die Note des bevollmächtigten Vertreters (Botschafter) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. Krestinski, wie folgt beantwortet:

Herr Botschafter! Ich beehre mich, den Empfang Ihrer soeben hier eingegangenen Note vom 4. Mai Nr. 1344 über die Vorfälle in der Handelsvertretung der Union der S. S. R. am 3. Mai ergebenst zu bestätigen. Bereits in der Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 3. Mai, auf die Sie in Ihrer Note nicht Bezug nehmen, ist der Botschafter der Union der S. S. R. mitgeteilt worden, wie sich der Sachverhalt nach den damals dem Auswärtigen Amt vorliegenden Berichten der inneren deutschen Behörden darstellte. Von diesen Berichten, weicht jetzt die von Ihnen mitgeteilte Schilderung der Vorfälle in weitem Umfange ab. Auch die seit Samstag hier eingegangenen weiteren Berichte der inneren deutschen Behörden stimmen mit Ihren Mitteilungen in wesentlichen Punkten nicht überein. Im unterzogenen eine weitere Klärung der Angelegenheit herbeizuführen, habe ich den Inhalt Ihrer Note zunächst den zuständigen inneren Behörden mitgeteilt, damit sie zu diesem Inhalt, insbesondere zu dem Antrag auf Freilassung der festgenommenen Personen, Stellung nehmen. Ich darf mir ergebenst vorbehalten, auf die Angelegenheit zurückzukommen, sobald die eingeleiteten Erhebungen, die nach Möglichkeit beschleunigt werden, abgeschlossen sind. Zugleich bezeuge ich auch diesen Anlaß, Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. (gez.) Stresemann.

Eine zweite Note Krestinski

Entgegen der ursprünglichen Ankündigung hat der russische Botschafter Krestinski Montag nachmittag Berlin nicht verlassen. Die russische Botschaft hat an das Auswärtige Amt eine zweite Note gerichtet, worin sie die am letzten Samstag bereits überreichte deutsche Verbalnote beantwortet.

In der Note bezeichnet der Botschafter die in der deutschen Verbalnote erwähnte Aussage der beiden Stuttgarter Polizeibeamten Grüner und Kasper als unzulässig. Es sei sehr schwer verständlich, in welcher Weise die Stuttgarter Beamten und gezwungen waren, sich in Erwartung ihres Zuges einige Stunden in Berlin aufzuhalten, in Kaffeehäusern und Restaurationen umherzugehen, anstatt sich mit ihm auf das Polizeigebäude zu begeben. Es sei nicht weniger sonderbar, wie sie auf dem Wege vom Anhalter zum Stuttgarter Bahnhof in die Lindenstraße gelangen konnten. Schließlich bleibe es völlig unauferklärt, wie sie vor dem großen russischen Geschäftshaus, das durch Schilder als die Handelsvertretung der Union der S. S. R. gekennzeichnet ist, dem Verhafteten glücken konnten, daß sie in diesem Hause eine Erfrischung zu sich nehmen könnten. Die Darstellung der Stuttgarter Beamten Dinge so rätselfhaft, daß sich unwillkürlich Mutmaßungen über anderweitige Beweggründe aufdrängten, die die Schritte der beiden Beamten in die Räume der russischen Handelsvertretung gelenkt hätten. Auch der Teil des Berichts über die Vorverurteilung in dem Gebäude selbst sei absolut jeder Glaubwürdigkeit barm. Keinem Zweifel könne aber die sachliche Wahrhaftigkeit des Berichts unterliegen, der ihm, dem Botschafter, von dem Geschäftsträger der Handelsvertretung erstattet worden sei.

Was das Vorgehen der Berliner Polizei betreffe, so behaupte die deutsche Verbalnote im Widerspruch zu den persönlichen Erklärungen des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann, daß die Handelsvertretung keine Exterritorialität genieße. Die Note spricht die Verwunderung darüber aus, daß die Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom letzten Samstag die widerrechtlichen Handlungen der Polizei in Schutz nehme und daß es das Auswärtige Amt für nötig gehalten habe, gegen das pflichttreue Verhalten der Angestellten der Handelsvertretung Verwahrung einzulegen. Angesichts aller dieser Umstände sehe sich die Botschaft gezwungen, die vom Auswärtigen Amt eingeleitete Verwahrung zurückzuweisen.

Von den in der russischen Handelsvertretung polizeilich festgenommenen Personen sind am Montag sieben der Festgenommenen dem zuständigen Richter vorgeführt worden. Gegen fünf von ihnen hat der Richter Haftbefehle erlassen. Zwei andere Personen sind aus der Haft entlassen worden.

DZ. Stuttgart, 6. Mai. Zu der Flucht des Kommunisten Hohenhardt in dem Gebäude der russischen Handelsvertretung in Berlin wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Mit dem verunglückten Transport des Kommunisten Hohenhardt hat die württembergische Kriminalpolizei nichts zu tun. Seine Festnahme war auf Ersuchen des Untersuchungsrichters des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Stuttgart in Rommer in einer Oberamtskammer in der Nähe Stuttgarts durch die dortige Gemeindepolizeibehörde erfolgt. Diese führte Hohenhardt dem zuständigen Amtsgericht des Erziehungsortes zu, das ihn nach seiner Vernehmung zur Untersuchungsdauer auf dessen Befehle sandte. Der Transport erfolgte durch zwei Gemeindepolizisten der Polizei des Erziehungsortes.

Badischer Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Arbeitsmarktlage hat sich gegenüber der Vorwoche nicht unwesentlich gebessert. Die Zahl der Vollerwerbslosen ging von rund 17 700 zurück auf rund 15 800.

Infolge des günstigen Wetters war rege Nachfrage in der Landwirtschaft insbesondere nach gelerntem Knechten. Auch Gärtner konnten vermittelt werden. Die Beschäftigung im Bergbau des Wieslocher Bezirks hob sich derart, daß Neueinstellungen erfolgen konnten. Die Industrie der Steine und Erden war ebenfalls aufnahmefähig; doch wurden in der Hauptphase junge Leute unter 20 Jahren gesucht. Gut war auch der Geschäftsgang in der Metallindustrie, sehr stark insbesondere in der Pfalzweimer Schmiedwarenindustrie. Die Schwarzwälder Holzindustrie stellte junge Hilfskräfte ein. Günstig ist auch der Arbeitsmarkt in der chemischen und in der Textilindustrie. Auch hier sind vor allem jüngere Arbeitskräfte und zwar für die Seiden- und Schürzenindustrie gesucht. Der Bedarf an Färbem und Seidenbandwebem in der wiesentaler Textilindustrie konnte nicht reiflos gedeckt werden. Nachfrage bestand stellenweise in der Lederindustrie nach jungen Sattlern für Beschirr- und Sportartikel. Der Bedarf an Polsterern konnte gedeckt werden. Örtlich verschiedentlich getaktet die Lage im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; im allgemeinen ist die Lage nicht gut. Le-

dige Bierbrauer waren gesucht. Auch in der Zigarrenindustrie konnten Arbeitskräfte vermittelt werden. Das Bekleidungs-gewerbe war gut beschäftigt und verlangte tüchtige Maschinisten. Insbesondere wurden Weiß- und Schürzenmäherrinnen gesucht. Im Baugewerbe machte sich allgemein ein starker Mangel an Facharbeitern geltend, wodurch die Lage für die Bauhilfsarbeiter offensichtlich nachteilig beeinflusst wurde. Günstig ist der Arbeitsmarkt für Buchdrucker. Der Bedarf an erstklassigen Setzern konnte nicht ganz gedeckt werden. Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hat stellenweise der gute Geschäftsgang angehalten. Gesucht blieben auch tüchtige Hausangestellte. Die Lage des Handelsgewerbes ist noch schwankend. Für einige Branchen wurden Verkäufer, Reisende und Provisionsvertreter gesucht. Auch gute Korrespondenten mit Sprachkenntnissen, tüchtige Buchhalter und Stenotypisten konnten vermittelt werden.

Krüppelnot — Krüppelhilfe

Der Bad. Krüppelfürsorgeverein gibt soeben seinen Jahresbericht für 1923 heraus. Aus demselben ist zu entnehmen, daß der Verein, trotz der Ungunst der Zeit, seine Fürsorgetätigkeit aufrecht erhalten konnte und durch Rat, Vermittlung und finanzielle Hilfe vielen Krüppeln geholfen hat. Aber wenig ist es, was geschehen ist, im Vergleich zu dem, was Not tut. Tausende von Krüppeln warten noch auf Hilfe: Wer zahlt ihnen den Aufenthalt in einer Klinik, der dem Kind vielleicht noch vollkommene Heilung, dem Erwachsenen erhebliche Besserung bringen kann? Wer die Apparate und Bandagen, die den Lahmen geh- und arbeitsfähig machen? Wer die Erziehung im Krüppelheim, die das im Elternhaus meist einsame Krüppelkind unter Spielkameraden, die Leidensgenossen sind, froh werden läßt? Wer die Ausbildung zu einem geeigneten Beruf die aus dem oft trübselig dahinlebenden, der allen zur Last ist, einen fröhlich Arbeitenden macht? Die Krüppel und ihre Angehörigen sind heute oft nicht in der Lage für die großen Kosten aufzukommen, auch den Gemeinden stehen nicht immer genügend Mittel hierfür zur Verfügung — da soll der Verein als Retter einspringen. Aber seine Kasse ist leer! Sie darf nicht leer bleiben! Wenn alle im Lande helfen, muß sie überflüssig werden!

Der Verein hat 2 Konten: 1. Das allgemeine Fürsorgekonto, 2. das Freibettkonto. Das letztere umfaßt entweder Stiftungen, deren Zinsbetrag einem oder mehreren Freibetten gleichkommt, oder regelmäßige Ratenzahlungen auf ein solches. Und als 3. übernehmen wir die Vermittlung von Krüppelplätzen: Der Pate verpflichtet sich für ein Krüppelkind finanziell zu sorgen, ihm den Aufenthalt in Klinik oder Krüppelheim und die Berufsausbildung zu ermöglichen.

Also auf mancherlei Weise kann geholfen werden. Jeder sucht sich die aus, die seinem Herzen und Geldbeutel am besten entspricht. Aber keiner bleibe beiseite stehen!

Die Geschäftsstelle des Vereins (Heidelberg Plöz 83) ist zu jeder Auskunft gerne bereit. Spenden sind zu richten, wo Bezirke- oder Ortsgruppen bestehen, an deren Vorstand, sonst direkt auf das Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 21 670 „Badischer Krüppelfürsorgeverein“ einzuzahlen.

Helft alle bei diesem großen Werk der Nächstenliebe! Die Jahresversammlung des Vereins findet am Samstag den 10. Mai in Heidelberg, Rathaus, statt. Alle Mitglieder und Freunde sind dazu eingeladen.

Rundfunksender für Baden und Württemberg

Der Stuttgarter Rundfunksender der deutschen Reichspost ist betriebsfertig. Die in den letzten Tagen vorgenommenen technischen Vorversuche haben befriedigt, es sollen jedoch noch weitere Versuche angestellt werden. Der regelmäßige Sendebetrieb der Süddeutschen Rundfunk A. G. wird voraussichtlich am 11. Mai aufgenommen werden. Näheres hierüber wird noch bekannt gegeben.

Kommunale Rundschau

Der Stadtrat in Offenburg befaßte sich mit der Frage der Erweiterung des Unionsaales und gab dem Kaufvertragsentwurf seine Zustimmung. Bis jetzt ist es gelungen, von Geschäftsleuten, Fabrikanten und anderen Interessierten Persönlichkeiten den Betrag von 25 000 Mark aufzubringen. Die Kaufsumme für den Unionsaal stellt sich auf 80 000 Mark und zwar sind 35 000 Mark sofort und der Rest innerhalb 10 Jahren zu dem jeweiligen Sparlöhnszinsfuß zu bezahlen.

Die Stadtgemeinde Rehl stellt, wie Bürgermeister Dr. Weis in der letzten Bürgerausschusssitzung schon ankündigte, Mittel bereit, zur Verbilligung von Baugeldern. Die Stadt nimmt Darlehen auf zu einem Zinsfuß von 20 bis 28 Proz. und leiht diese Darlehen als Baugelder aus zu einem Zinsfuß von 5 vom Hundert. Die Differenz wird als verlorene Paudarlehen auf die Wirtschaft übernommen. In Betracht kommen für derartige Baugelder nur Baulustige, die über ein größeres Maß von Eigenkapital verfügen, in Rehl eine Wohnung haben und sich ein Eigenheim errichten möchten. Ferner solche, die in die Wohnungskasse aufgenommen sind und Anspruch auf Einweisung in eine Wohnung haben. — Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung 1000 M. bewilligt zur Beschaffung von Heilmitteln zwecks Bekämpfung der Kröpfkrankheit unter den Schulkindern. — Das abgeholte Rheinvorland soll in eine Anlage umgestellt werden. Zur Bearbeitung eines diesbezüglichen Projektes stellt der Gemeinderat zunächst einmal 1000 M. bereit. Die Feuerwehrröhre zur Ausgestaltung und Erzeugung ihrer Anschließung 2000 M.

* Nr. 24 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Staatsministeriums: die Gebühren der Gesundheitsbeamten für amtliche Verordnungen; des Ministers des Innern: die Errichtung einer Hochschule in Oberbach; des Justizministers und des Ministers des Innern: über die Statistik der gewerblichen und kaufmännischen Streitigkeiten; des Arbeitsministers: der Vollzug des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922 (Reichsgesetzblatt I Seite 657). — Verordnungen.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Gedächtnis der gefallenen Kettenschmiedkämpfer veranstalten die ehemaligen Angehörigen des ersten badischen Leibgrenadierregiments am Sonntag den 11. Mai vorm. 10.30 Uhr auf dem Karlsruher Ehrenfriedhofe eine Gedächtnisfeier...

Seltene Berufsjubiläen. Der Retteur Ludwig Köhler und der Schriftleiter Jakob Albrecht konnten dieser Tage in der Firma C. F. Müllersche Druckerei und Verlag (Karlsruhe) ihr 50 jähriges Berufsjubiläum feiern.

Der deutsche Konditorenbund (Sitz Dresden), der 7500 Mitglieder zählt, hält am 14. Mai einen außerordentlichen Bundestag in Karlsruhe ab in Verbindung mit der 25. Jubiläumstagung des Badischen Konditorenverbandes und einer gleichzeitigen Fachausstellung.

Vor dem Schöffengericht standen drei junge Leute wegen Ehevertrüben. Sie wurden zu 4, 8 und 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Je 8 Monate erhielten zwei Sittlichkeitsverbrecher. Schließlich hatten sich zwei Brüder aus Büchelthal und ein Burtsche aus Oberkirch die in Forbach beschäftigt waren, wegen Straßensauerei zu verantworten.

Eine weite Reise machte ein 12 Jahre alter Bürgerknecht, der sich aus Furcht vor Strafe wegen Sittenverfalls vom elterlichen Hause in Hannover entfernte und mit der Bahn nach Kassel, Frankfurt a. M. und Karlsruhe fuhr, wo man schließlich den Ausreißer erwischte.

Landestheater. Auf das heute Dienstag, den 6. Mai stattfindende 10. Sinfoniekonzert unter Leitung des Generalmusikdirektors Otto Klemperer-Köln a. Rh. sei hiermit nochmals besonders hingewiesen. Das Programm des Abends bilden Mozarts Jupiter-Sinfonie und Beethovens Siebente.

Kolosseum. Das Programm vom 1. bis 15. Mai zerfällt in zwei Teile, und zwar in ein Varieteprogramm und in eine Ringlampfkonkurrenz. Das Programm wird durch die Niederländerin Elise König in angenehmer Weise eröffnet. Der Musiksalon von Melius und Sohn und Sascha Bogdanoff, als Verwandlungstänzerin, finden ungeteilten Beifall.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 2. Mai. Die 5. Deutsche Erfindungen-, Neuheiten- und Industriemesse im Rosengarten wurde gestern vormittag eröffnet. Zu dem offiziellen Eröffnungssatz hatten sich außer der Messeleitung u. a. eingefunden: Geh. Rat Steiner, Polizeidirektor Dr. Baber, Bezirksamtmannt Guth-Wender, Dr. Bartsch als Vertreter der Stadtverwaltung Mannheim, Regierungsdirektor Stähler-Spener als Vertreter der Pfälzischen Regierung, Erster Bürgermeister Dr. Weiß und Bürgermeister Kleeft aus Ludwigshafen.

DZ. Mannheim, 5. Mai. Der bereits neun Wochen dauernde Konflikt in der Bad. Anilin- und Sodafabrik nähert sich seinem Ende. Es hat sich die zur ordnungsgemäßen Weiterführung des Betriebs nötige Anzahl von Arbeitern gefunden, die auch die Tarifverträge und Schiedssprüche anerkennen wollen. Unter diesen Umständen beabsichtigt die Fabrik, gegen Ende dieser Woche den Betrieb wieder aufzunehmen.

DZ. Mannheim, 5. Mai. Rhein und Neckar sind gestern bedeutend gestiegen. Der Ludwigshafener Stadtpark ist teilweise überschwemmt. Der Neckar hatte gestern die doppelte seiner gewöhnlichen Breite erlangt. Beide Flüsse sind bis zu den letzten Dämmen vordringen. Am Jungbusch droht das Hochwasser bald bis zur Straßenhöhe zu steigen.

DZ. Mannheim, 5. Mai. Die Franzosen üben seit gestern wieder wie früher, die übliche Patrouille aus. Jede die Brücke passierende Person muß an der von Militär besetzten

Stelle seinen Ausweis vorzeigen. Auf der Ludwigshafener Seite war der Posten heute vormittag wieder eingezogen, aber auf der Mannheimer Seite wurde die Patrouille noch ausgeübt.

DZ. Weinheim, 5. Mai. Unser ältester Bürger, Herr Julius Oppenheimer, ist im 96. Lebensjahre gestorben.

DZ. Heiligkreuzsteinach, 5. Mai. Im Walde auf badischem Gebiete wurde ein bekannter Wilderer von einem Jagdhüter gestellt. Derselbe mußte ob des Widerstandes zur Waffe greifen, wobei der Wilderer den Tod fand.

DZ. Heidelberg, 3. Mai. In den ersten Tagen wird im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg die 11. Sonderausstellung eröffnet, die dem Stillleben gewidmet ist. Es werden Werke aus dem 17. und 18. Jahrhundert gezeigt, wobei die Niederländer Künstler dominieren.

DZ. Pforzheim, 2. Mai. Angezeigt wurde ein Birt in Oberreidenbach, der über die Osterfeiertage in seiner Wirtschaft für ein Viertel Wein 1,50 Mark verlangt.

DZ. Baden-Baden, 3. Mai. In der Schmerspatgrube auf Gemarkung Döschweuern konnten die bei den Sprengungen entstandenen Gase wegen des anhaltenden Regens nicht abziehen. Abends wurde bekannt, daß sich noch zwei Arbeiter, nämlich Julius Baumstark und Lorenz Trapp von Winden, in der Grube befanden. Die beiden haben, wie sich bei den sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten herausgestellt hat, den Ersticken erlitten. Zwei Mitglieder der Sanitätskolonne, die sich eine Gasvergiftung zugezogen hatten, konnten bald wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden.

DZ. Jllingen (Am Rajatt), 5. Mai. Auf dem Altstein ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Unglück. Eine Anzahl junge Leute unternahm eine Kahnpartie. Das Fahrzeug ist aus noch unauferklärter Ursache gesenkt und die Insassen gerieten in Lebensgefahr. Der größte Teil konnte durch herbeieilende Männer gerettet werden. Zwei Mädchen von 18 und 9 Jahren haben leider den Tod durch Ertrinken gefunden.

DZ. Badenweiler, 5. Mai. Nach der dritten Ausgabe der Kurzeitung sind zurzeit 542 ortsanwesende Kurgäste bei 127 Neuankünften zu verzeichnen. Für die Kinder von Kurgästen soll vom 15. Mai ab ein Kindergarten eingerichtet werden.

DZ. Lörrach, 3. Mai. Durch spielende Kinder wurde am hiesigen Gewerkekanal in der Nähe des Sportplatzes ein Dammbruch verursacht, wobei der Durchbruch in einer Breite von 7 Metern erfolgte. Da sofort die Schleusen geschlossen wurden, konnte größeres Unheil verhindert werden. Die der hiesigen Stadtgemeinde durch den Dammbruch entstehenden Kosten dürften erhebliche sein.

DZ. Schopfheim, 3. Mai. Am Sonntag, 11. Mai, wird, wie in einer Sitzung des hiesigen badischen Schwarzwaldbereichs beschloffen wurde, die Eröffnung des Hohen Wäldertums stattfinden.

DZ. Singen, 6. Mai. Zwei hiesige junge Leute, ein städtischer Beamter und ein Privatangestellter, fuhren am Sonntag nachmittag in einem Kajakboot auf dem Nidersee. Bis jetzt sind die beiden von ihrer Fahrt noch nicht zurückgekehrt, so daß anzunehmen ist, daß sie bei dem Sturm verunglückt sind und ihren Tod gefunden haben. Das Boot konnte bis jetzt noch nicht aufgefunden werden.

DZ. Reichenau, 4. Mai. Das früheste Denkmal monumentaler Wandmalerei auf deutschem Boden sind die Fresken der Pfarrkirche St. Georg. Unter der Oberleitung des Freiburger Universitätsprofessors Dr. Sauer wurden sie von den Malern Meßger und Glas wieder hergestellt. Bei den Wiederherstellungsarbeiten ergaben sich wichtige Anhaltspunkte über die Zusammenhänge der Bilder mit der antiken Kunst und der des 11. Jahrhunderts. Dr. Sauer setzte die Wandbilder, die die Heilstaten Christi schildern, an den Schluß des 10. Jahrhunderts.

* Darmstadt, 5. Mai. Als Nachfolger Gustav Hartungs ist gestern der Regisseur und Dramaturg Ernst Legal vom Staatstheater Berlin als Intendant für das Hessische Landestheater verpflichtet worden. Legal leitete nach Ausbruch der Revolution das Wiesbadener Staatstheater ein Jahr lang als interimistischer Intendant.

DZ. Frankfurt a. M., 5. Mai. Wie das „Echo du Rhin“ aus Speyer berichtet, wurden am letzten Mittwoch nachmittag gegen 5 Uhr auf einen Holzkasten bei Otterstadt, der einen Deutschen festnehmen wollte, drei Schüsse abgegeben. Der Kasten gab ebenfalls einen Schuß ab. Der Attentäter entkam. Der Posten wurde nicht verletzt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with exchange rates for various cities like Amsterdam, London, Paris, etc. Columns include city names and numerical values.

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent. Neckarschiffahrt. Im Monat April wurden, wie aus Heidelberg gemeldet wird, 28 Schlepplüge mit 114 Rähnen zu Berg abgefertigt, von denen zwei Drittel leer nach den Salzwerken in Jagstfeld und Heidelberg fuhren, die anderen Rähne waren beladen.

DZ. Die Rheinschiffahrt. Der günstige Wasserstand des Rheins war auch der Schiffahrt auf dem Oberrhein nicht ungunstig. Es konnte bis nach Basel gefahren werden. Schlepplüge sind die Aufwärtsfahrten zurückgegangen, dagegen macht sich in Ruhrort Nachfrage nach Laberbaum bemerkbar. Die Mannheim-Ludwigshafener Antriebsbetriebe sind gut beschäftigt. Auch auf dem Neckar war die Schiffahrt im Monat April infolge des günstigen Wasserstandes gut. Zur Abfertigung kamen 28 Schlepplüge mit 114 Rähnen zu Berg.

Die preussische Staatsbank (Seehandlung) hat die Zinssätze für die zufließende Bankgelder von 8 1/2 auf 12 1/2 Prozent pro Jahr für täglich kündbare Gelder und von 7 1/2 auf 11 Prozent pro Jahr für Gelder von einem Tage zum anderen erhöht.

Die Zahl der Konkurse in Deutschland ist im April auf 133 gestiegen (März 68).

Die deutsche Kohlenförderung. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes ist in fast allen in Deutschland geförderten Kohlenarten die Vorkriegsproduktion fast erreicht worden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung. Der zwischen der abgeforderten Gemarkung Schmelzenhof und der Gemeinde Billigheim, Amtsbezirk Mosbach, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeforderten Gemarkung mit der Gemeinde Billigheim mit Wirkung vom 1. April 1924 wurde die staatliche Genehmigung erteilt. Karlsruhe, den 1. Mai 1924. Der Minister des Innern. J. B. Veers.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufbeförderungen usw. der planmäßigen Beamten. Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern. Ernannet: Polizeieinspektor Karl Biegler in Karlsruhe zum Polizeioberinspektor in Mannheim, Notizenmeister Georg Senfembrenner in Karlsruhe zum planmäßigen Polizeiwachmeister. Befördert: Oberamtmann Theodor Wintermantel in Schopfheim als Oberamtmann des Bezirksamts Lörrach nach Lörrach, Oberamtmann Alfred Frank in Schönau unter Zurücknahme seiner Beförderung nach Weicklingen als Oberamtmann des Bezirksamts Schopfheim nach Schopfheim. In den einstweiligen Ruhestand versetzt: Amtmann Karl Wiedemann beim Bezirksamt Heidelberg. Justizministerium. In den Ruhestand getreten kraft Gesetzes: Amtsgerichtsdirektor Dr. Philipp Buchs in Heidelberg. Ministerium der Finanzen. In den einstweiligen Ruhestand versetzt: Müngastassistent Adolf Schwab in Karlsruhe.

Badisches Landestheater. Dienstag, 6. Mai. 8 b. n. 1/2 10 Uhr. Sp. I. M. 3.50. In Verbindung mit der Th.-u. Konzertgemeinde B.V.B. Unter Leitung des Generalmusikdirektors Klemperer-Köln a. Rh. X. Sinfonie - Konzert des Bad. Landestheater - Orchesters. Werke von Mozart und Beethoven.

Badisches Landestheater. Mittwoch, 7. Mai. 7 1/2 b. n. 10 Uhr. Sp. I. M. 5.40. Abonnement D 21. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1201-1400, 7801-8000. In der Neueinstudierung: Die verkaufte Braut.

Badische Lichtspiele Konzerthaus. Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 Uhr. Aus dem unbekanntem Mexiko. Einmaliger Lichtbilder- und Filmvortrag (Eigene Aufnahmen) Frhr. von Türcheim (Tapachula-Chiapas) Von der pazifischen Küste zur Kaffezone. - Zur Auswanderungsfrage. - Kaffee und seine Bearbeitung. - Pflanzen- und Tierwelt. - Sitten und Gebräuche der Indianer. - Durch die Sierra Madre und das Hochland von Guatemala. - Ersteigung des 4000 m hohen Vulkans Tacana. - Erdbebenzerstörung in Guatemala. - Am feuerspeienden Krater des Santa Maria. D.308. Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße. Papierhandlung Eissels, Werderplatz. Preise Mk. 1.50, 1.20 und 0.50

Leistungsfähige Etaminweberei und Gardinenfabrik sucht gut eingeführten D.310 VERTRETER Adler & Steudel, Plauen im Vogtland.

la. Steinkohlen Koks, Grudekoks Steinkohlen-u. Braunkohlenbriketts Brennholz liefern Carl August Nieten & Co. Kohlenhandels-gesellschaft Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 6 Fernsprecher 982 und 5165 Stadtbüros: Kaiserstraße 118, Fernsprecher 5506 Durlacher Allee 10 (Vertr.: Wilh. Kaeller) Fernsprecher 5724 D.14

Detektiv- u. Privat-Rückmittel Argus Mannheim O. 6. 5. Planke 9. 47 Fernspr. 3505 A. Maler & Co., G. m. b. H.

Metallbetten Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Privat, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Süß (Lhr.)

Gebe umsonst einfaches Mittel gegen lästige Haare D.247 Damenbart befant. Frä. Irene Müller, Stuttgart A 7, Singerstr. 5.

Bürgerl. Rechtspflege Streitige Gerichtsbarkeit. B.348. Karlsruhe. Über das Vermögen der A. Plattner & Co. G. m. b. H., Karlsruhe, Güßhöferstr. 20, wurde am 3. Mai 1924, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Kaufmann Moriz Seifert, Karlsruhe, Kreuzstraße 3. Anmeldefrist: bis zum 26. Mai 1924. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin: Dienstag, den 3. Juni 1924, vormittags 11 Uhr, vor dem Bad. Amtsgericht Karlsruhe. Offener Arrest und Angebotsfrist: bis 26. Mai 1924. Karlsruhe, 5. Mai 1924. Gerichtsschreiber Bad. Amtsgericht A 4.

Freiburg, 3. Mai 1924. Der Staatsanwalt I.

Berühmte Bekanntmachungen. Jagdverpachtung. Die Gemeinde Ikenheim (Amt Lahr in Baden) versteigert am Donnerstag, den 15. Mai d. J., nachmittags 1 Uhr, im Rathaus die

Strafrechtspflege. Fahndung. Der am 25. August 1864 in Karlsruhe-Mühlburg geborene, zuletzt in Heilbronn wohnhafte Former Johann Friedrich Buch zieht im Lande umher und erschwindelt sich bei den Bürgermeistern Gebührentilgungen. Er gibt dort vor, er könne wegen kranker Füße nicht nach seiner Heimat Heilbronn zurück und bittet um Fahrgeld. Ich erlaube die geschädigten Bürgermeistern, soweit nicht schon geschehen, hierher Anzeige zu erstatten. Bei Betreten wolle Buch festgenommen und ins nächste Amtsgefängnis eingeliefert werden. Gaffelbehl besteht. B.339. Freiburg, 3. Mai 1924. Der Staatsanwalt I.

Stammholzverfeigerungen des Bad. Forstamts Karlsruhe-Hardt im Goldenen Adler in Karlsruhe jeweils vormittags 9 Uhr aus Staatswald Hardtwald. B.338. Montag, den 12. Mai (hauptsächlich Art. III 7 b „Falschgrafen-Jagen, III 15 „Schwarzes Storchennest“ und III 17 „Olmichelsader“: Eichenstammholz: 101 Fm. I., 151 Fm. II., 242 Fm. III., 113 Fm. IV. und 14 Fm. V.; 2 Kufchen III. u. IV.; 2 Pappeln I. u. IV. Dienstag, den 13. Mai: Fichtenabschnitte: 245 Fm. I., 347 Fm. II., 91 Fm. III.; Kachen: 6 Fm. II. und III. Auskunft und Nachfragen, denen die neuen Zahlungsbedingungen vom 16. April 1924 beim Verkauf ange-schlossen werden, durch das Forstamt.

Ausübung der Jagd auf ihrer Gemarkung und zwar Distrikt II, III und IV umfassend 356 ha Wald und 969 ha Feld für die Restpachtzeit bis 31. Januar 1929. Bedingungen können auf dem Rathaus eingesehen werden. D.311. Ikenheim, 30. April 1924. Der Gemeinderat.